Abg. Waldästl verwies auf die Diskussionen in der laufenden Wahlperiode im Rechnungsprüfungsausschuss und Finanzausschuss zum Thema RWE-Aktien. Der vorliegende Antrag sei die Konsequenz hieraus und die durch die Verwaltung aufgezeigten Handlungsoptionen zeigten, dass es Möglichkeiten zur Veräußerung der RWE-Aktien gebe. Grundsätzlich müssten sich die Kreistagsmitglieder die Frage stellen, ob es weiterhin Aufgabe des Rhein-Sieg-Kreises als kommunale Gebietskörperschaft sei, sich an einem kapitalmarktorientierten Unternehmen zu beteiligen und so mit Steuergeld zu spekulieren. Außerdem müsse geklärt werden, ob die Beteiligung an einem Großkonzern der Energiebranche, der vor allem auf fossile Energieträger zur Stromproduktion setze, ein strategisches Investment verbunden mit energiepolitischem Einfluss auf die Region sei. Aus Sicht der SPD-Kreistagsfraktion müssten beide Fragen verneint werden. Folglich strebe die SPD-Kreistagsfraktion einen vollständigen Verkauf des RWE-Aktienbestandes bis Ende 2020 in mehreren Schritten an, da die Entwicklung des RWE-Aktienkurses nicht vorhersehbar sei. Die Landesbank Baden Württemberg habe unter Berücksichtigung des Innogy Verkaufs an Eon in einer Aktienanalyse einen Zielkurs für die RWE-Aktie von 19,70 € bekannt gegeben. Laut Vorlage der Verwaltung könnte ein Aktienverkauf schädliche Auswirkungen auf die RSVG haben, was ggfs. durch andere Lösungen kompensiert werden müsse. Die durch den Aktienverkauf zufließenden Mittel sollen strategisch im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zum Nutzen aller Bürger und der Kommunen investiert werden. 50 % der Mittel sollen für mehr Wohnraum über die GWG investiert werden und die anderen 50 % der Mittel über eine neue kreiseigene Infrastrukturgesellschaft, die neben den Projekten der Digitalisierung den Kommunen auch bei der Umsetzung von Bauprojekten mit Fachpersonal gegen Kostenerstattung unterstützend zur Seite stehen könne. Einen Vorteil in das Investment in die GWG sah er darin, dass die GWG stabilere Erträge liefere als RWE.

SkB Peter bestätigte die Haltung der FDP, die RWE-Aktien verkaufen zu wollen, da die Anlage zu spekulativ und die Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme auf die Geschäftsstrategie des Unternehmens zu gering seien. Zudem mache eine weitere Beteiligung aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten keinen Sinn, da der Wertverlust der RWE-Aktie und der damit verbundene Rückgang des Eigenkapitals i. H. v. 85 Mio. € durch erhaltenen Dividenden bei zukünftigen geringeren Dividendenperspektiven nicht kompensiert werde. Er schlug vor, den Erlös aus den Aktienverkäufen bei der RSVG zu belassen und mit den freigewordenen Mitteln Busse mit innovativen Antriebskonzepten sowie der passenden Infrastruktur zu beschaffen. Dabei verwies er auf die Beschaffung von Wasserstoffbussen bei der RVK. Durch die Finanzierung mit Eigenkapital spare die RSVG Fremdkapitalzinsen und trage zur Reduzierung der Abgasemissionen bei.

Abg. Dr. Bieber entgegnete, die Busse bei der RSVG würden über einem Zeitraum von 8 bis 10 Jahren abgeschrieben, sodass nach diesem Zeitraum nur noch ein geringer Verkaufserlös zu erzielen sei und somit kein Wert mehr vorhanden sei. Der Betrieb von Wasserstoff- und Elektrobussen könne ohne Förderungen nicht wirtschaftlich erfolgen. Da der Bund derzeit schon für den Breitbandausbau, die Gigabit Initiative usw. insgesamt 12 Mrd. € bereitstelle, sah er keine Notwendigkeit zur Gründung einer Infrastrukturgesellschaft, wie es die SPD-Kreistagsfraktion beantragt habe. Einen Verkauf der RWE-Aktien lehne er ab, da von dem Verkaufserlös unter Berücksichtigung des Buchwertes der RWE-Aktien lediglich ein Buchgewinn von aktuell 2,8 Mio. € entstehe. Dieser werde mit den Verlusten der RSVG verrechnet, sodass von dem Gewinn nichts übrig bleibe. Ebenfalls sah er keine Notwendigkeit zur finanziellen Stärkung der GWG, weil diese laut Vorlage derzeit genügend Eigenmittel vorweise und Bauvorhaben von 45 Mio. € finanzieren könne. Außerdem seien lediglich 12 Kreiskommunen an der GWG beteiligt, wodurch im Falle einer Eigenkapitalstärkung durch den Rhein-Sieg-Kreis die übrigen 7 Kreiskommunen die GWG mitfinanzieren würden.

Abg. Otter wies auf den derzeitigen Umbauprozess des RWE-Konzerns hin und schlug vor, diesen Prozess abzuwarten, um dann ggfs. eine Entscheidung zu dem Verkauf der RWE-Aktien treffen zu können. Einen Verkauf von „Tafelsilber“ zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus lehne er ab, da die GWG ausreichend Eigenkapital habe und der Verkauf der RWE-Aktien eine strategische Entscheidung sei. Es stelle sich die Frage, warum die GWG nicht ihr vorhandenes Kapital zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus einsetze.

Abg. große Deters zeigte sich erstaunt zur Haltung der LINKEN gegen den Verkauf der RWE-Aktien. Er versuchte Konsens dahingehend herzustellen, dass die anwesenden Mitglieder grundsätzlich der Forderung für einen Verkauf der RWE-Aktien zustimmten, unabhängig von der Frage der anschließenden Mittelverwendung.

Hinsichtlich der Bereitstellung von Fördermitteln durch den Bund stellte er fest, dass diese zwar grundsätzlich abrufbar seien, den Kommunen zur Umsetzung der Förderprojekte jedoch das Personal fehle. Durch die zu gründende Infrastrukturgesellschaft solle den Kommunen dieses Personal zur Seite gestellt werden.

Die SPD wolle kein „Tafelsilber“ verkaufen, sondern einen Teil der Mittel der GWG zur Verfügung zu stellen, um die lokale Daseinsvorsorge zu stärken und zudem die Erträge der GWG zu erhöhen, die wiederum in den Kreishaushalt fließen.

Abg. Steiner war der Ansicht, die Themen müssten getrennt voneinander gesehen und dürften nicht miteinander vermischt werden. Der Rhein-Sieg-Kreis habe keine RWE-Aktien direkt erworben, sondern habe diese im Rahmen der Netzstrukturierung erhalten. Auch er sei dafür, die Entwicklung von RWE zu beobachten und anschließend eine perspektivische Entscheidung zum Verkauf der RWE-Aktien zu treffen. Zwar habe sich das Eigenkapital des Rhein-Sieg-Kreises um 85 Mio. € verringert, allerdings seien die RWE-Aktien zum Zeitpunkt der Einführung des NKFs bei einem sehr hohen Kursniveau bilanziert worden.

Bei der RSVG würden bereits jetzt alternative Antriebe eingesetzt, jedoch seien die Kosten noch nicht auf dem Niveau, dass sich diese wirtschaftlich ohne Förderungen langfristig einsetzen ließen. Die Entscheidung, im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis Wasserstoffbusse über die RVK einzusetzen, sei richtig gewesen, jedoch nicht auf den rechtsrheinischen Rhein-Sieg-Kreis übertragbar, da dort die nötige Infrastruktur fehle. Hier müsse die RSVG andere Konzepte entwickeln. Durch die jährliche Ausschüttung der RWE-Dividende werde das Defizit bei der RSVG reduziert und der Zuschussbedarf durch den Rhein-Sieg-Kreis gesenkt, was auch im Interesse der Kommunen hinsichtlich einer niedrigen Kreisumlage sei.

Er lehnte die Gründung einer Infrastrukturgesellschaft ab, da von Seiten der Kommunen kein Interesse an den Rhein-Sieg-Kreis herangetragen worden sei und viele Kommunen auch mit privaten Investoren kommunale Bauprojekte erfolgreich umsetzten.

Abg. Skoda sah die RWE-Aktien mittlerweile nicht mehr als geeignete Anlageform für Gebietskörperschaften an. Mittelfristig müsse der Verkauf eingeleitet werden. Er beantragte, die vier Punkte des SPD-Antrags getrennt voneinander abzustimmen.

Abg. Waldästl stellte heraus, bei einem Verkauf der RWE-Aktien entstehe zwar in Anbetracht des Buchwertes nur ein geringer Gewinn, allerdings fließe Liquidität in die RSVG, die für andere Investitionen genutzt werden könnte. Hier stelle sich nicht die Frage, ob ein Aktienverkauf möglich sei, sondern wie die Mittel anschließend genutzt werden könnten.

Dem Einwand der Themenvermischung entgegnete er, die SPD sei die einzige Fraktion, die sich der Gesamtbetrachtung annehme und einen Vorschlag zur strategischen Mittelverwendung vorlege. Er warb für einen Grundsatzbeschluss zum Ausstieg aus dem RWE-Investment, da die Dividendenausschüttung von RWE vor allem durch regulatorische Risiken und den Großhandelspreisen für Strom beeinflusst werde, der Konzern eine steigende Nettoverschuldung von über 20 Mrd. € aufweise und in der Vergangenheit oft Wertkorrekturen

erforderlich gewesen seien.

Der Vorsitzende merkte an, er als Kreistagsabgeordneter habe ungeachtet seiner persönlichen Haltung zu RWE vor allem ein Augenmerk auf die Stabilität der Kreisumlage, die durch den Wegfall der Dividende beeinflusst werde.

Abg. Otter nahm Bezug auf die steigende Verschuldung von RWE, die auf den Investitionsbedarf zurück zu führen sei, da der Konzern über Jahre auf eine andere Strategie gesetzt habe und diese nun korrigieren müsse.

Abg. Dr. Lamberty erinnerte an die seit über 15 Jahren immer wiederkehrende Diskussion zum Verkauf der RWE-Aktien. Damit sachlich die Auswirkungen und Optionen bei einem RWE-Aktienverkauf unabhängig vom vorliegenden SPD-Antrag beraten werden könnten, forderte er eine Beratung im Arbeitskreis Konsolidierung.

Weiterhin sehe er ebenfalls keinen Bedarf zur Gründung einer Infrastrukturgesellschaft, da z. B. die Kindertageseinrichtungen in Swisttal auch ohne Unterstützung des Rhein-Sieg-Kreises gebaut würden. Der Grund für den geringen Wohnungsbau sei nicht in fehlendem Kapital, sondern in knappen Baulandressourcen begründet, sodass eine Kapitalstärkung der GWG wirkungslos sei.

Abg. große Deters bat um Beratung dieses entscheidenden Themas nicht nur im Arbeitskreis Konsolidierung, der nach mehrmaligen Nachfragen noch nicht wieder getagt habe, sondern auch in den von der Kreisordnung vorgesehenen Gremien.

Eine Abstimmung der 4 Antragspunkte in getrennter Form befürworte er, damit andere Fraktionen auch die Zustimmung zu einzelnen Punkten demonstrieren könnten.

Sorge um die Kreisfinanzen habe die SPD auch, jedoch ziehe die SPD andere Schlüsse, sodass eine Veräußerung der RWE-Aktien im Sinne einer geordneten Finanzwirtschaft gefordert werde.

Anschließend ließ der Vorsitzende über die 4 Antragspunkte getrennt voneinander abstimmen: